



Polizeieinsatz gegen zwei Islamisten in Berlin

TERRORVERDÄCHTIGE

## Kontakte nach Afghanistan

Die beiden in Berlin festgenommenen Islamisten gehören offenbar zum Umfeld terroristischer Gruppen in Afghanistan. Den Deutsch-Libanesen Samir M. hatten die Sicherheitsbehörden bereits vor zwei Jahren auf dem Flughafen Tegel an der Ausreise nach Iran gehindert und ihm seinen Pass entzogen. Nach Angaben eines Zeugen kann man Samir M. zur sogenannten Berliner Gruppe von Islamisten zählen, die die in Afghanistan aktiven „Deutschen Taliban-Mudschahidin“ unterstützten, heißt es in Ermittlungsakten. Der 24-Jährige unterhielt zudem gute Kontakte zu den beiden Berlinern Alican T. und Fatih K., die mittlerweile zu Haftstrafen wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland verurteilt wurden. Bei der verhinderten Ausreise am 30. September 2009 führte Samir M. eine Stirnlampe, Trekkingschuhe und Wasserbeutel bei sich. Gegenüber der

Polizei gab er an, dass „er und seine Begleiter in den Bergen der Türkei und Irans wandern wollten“. Die Staatsschützer glauben dagegen, dass sich M. bewaffneten Gruppen in Afghanistan anschließen wollte. Im Fall des zweiten Festgenommenen, Hani N., 28, gehen die Ermittler Hinweisen nach, dass er in einem Terrorlager am Hindukusch ausgebildet worden sei und mit einem bekannten Schleuser in Iran in Kontakt gestanden habe. Der Palästinenser hatte versucht, große Mengen Chemikalien zu bestellen, darunter angeblich 12 Kilogramm Schwefelsäure sowie 100 Trockeneis-Kompressen, die jeweils 100 Gramm Ammoniumnitrat beinhalten. Die Materialien können zur Herstellung von Sprengstoff dienen. Seit Ende Juli hatte die Polizei Hani N. als Gefährder eingestuft. Allerdings gehen die Ermittler nicht davon aus, dass die beiden bereits einen Anschlagplan ausgearbeitet hatten.

MAUT

## CSU-Modell bringt kaum zusätzliches Geld

In der Union verschärft sich die Debatte um die Einführung einer PKW-Maut auf Autobahnen. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat sich auf die Seite von Bayerns Regierungschef Horst Seehofer (CSU) geschlagen. „Ich bin ein Anhänger einer Maut für Pkw, unter der Bedingung, dass sie für deutsche Autofahrer aufkommensneutral gestaltet wird“, sagt Bouffier. „Als Transitland Nummer eins in Europa hat Deutschland ein großes Interesse daran, ausländische Autofahrer an der Finanzierung seiner Straßen zu beteiligen.“ Genau dieses Modell,

das Seehofer am Montag im Parteivorstand diskutieren will, sieht sein Parteifreund, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer jedoch kritisch. Der



Mautbrücke auf Autobahn

Grund: Bei einer Kompensation der Kosten deutscher Autofahrer kommt kaum zusätzliches Geld für den Straßenbau herein. Nach einer internen Berechnung belaufen sich die Einnahmen bei einer Jahresvignette in Höhe von 100 oder 120 Euro auf etwa 3,5 bis 4 Milliarden Euro. Werden die in Deutschland zugelassenen Autos von der Kfz-Steuer jedoch befreit, bleiben davon als Überschuss nur jene 300 Millionen Euro übrig, die ausländische Pkw-Fahrer beisteuern. Angesichts eines jährlichen Defizits im Straßenbau von rund 2,5 Milliarden Euro erscheint der Betrag sehr gering. Zumal auch noch die Erhebungskosten für die Maut abgezogen werden müssten.